

Stoppt die Kaputtsparer in Stadt und Land

Schuldenbremse in Saarbrücken und die Mär vom gerechten Sparen

Während die Bundeskanzlerin die „marktkonforme Demokratie“ auf europäischer Ebene einfordert, ist von einer wirklichen Selbstverwaltung im Sinne von demokratischer Selbstbestimmung auf kommunaler Ebene schon lange keine Rede mehr. Zum einen werden die Kompetenzen der Kommunalparlamente immer weiter beschnitten und zum anderen führt die Verschuldungssituation in Kombination mit der sog. Schuldenbremse zur faktischen Degradierung kommunaler „Entscheidungsträger“ zu Grußonkeln und -tanten auf Stadt- und Sportfesten – wenn Sie sich nicht aus der Logik dieses neoliberalen Spieles befreien.

Wie sieht die Situation in der saarländischen Landeshauptstadt aus? Saarbrücken ist derzeit mit ca. 900 Mio. Euro bei den Banken verschuldet, bei einer Einwohnerzahl von knapp 180.000 Menschen eine horrend Summe. Entstanden ist diese – wie überall – durch finanzielle Umverteilungen zulasten der Städte und Gemeinden gepaart mit den gewachsenen Sozialleistungen. Die Stadt hat unter SPD-Führung die üblichen Privatisierungswellen des letzten Jahrzehnts ebenso mitgemacht wie den fortwährenden Personalabbau und das Kürzen sog. freiwilliger Leistungen. Seit den letzten Kommunalwahlen 2009 gibt es eine rot-rot-grüne Koalition im Stadtrat. Alle drei Parteien, insbesondere SPD und Linke versprechen fortwährend „gerecht zu sparen“.

Allein das Motto selbst ist ein Wi-Bürger/innen. Sparen kann nicht Leistungen grundsätzlich immer Was kümmert es die oberen Schulen die undichten Dächer werden oder ein fehlender Son-ge die Ausstattung der Privatschu-der Wohlhabenden“ gesichert ist? Genau, einen Dreck!



derspruch in sich, eine Täuschung der gerecht sein, weil das Kürzen öffentlicher die trifft, die auf sie angewiesen sind. Zehntausend, wenn in den öffentlichen oder Toiletten jahrelang nicht saniert nenschutz das Lernen erschwert, solan- len im Sinne einer „Solidargemeinschaft

Mit der nun wirksamen Schuldenbremse wird die Selbstverwaltung Saarbrückens endgültig zur Farce. Der städtische Haushalt ist beim Land genehmigungspflichtig und wurde in den letzten Jahren immer wieder abgelehnt, um zusätzliche Einsparungen durchzusetzen. Von den dringenden Erhöhungen der Einnahmen spricht niemand. Ein Spar-Gutachten von Rödl und Partner ist die Pfeife, nach der die Stadt tanzen soll, in Wahrheit ein Streichkonzert.

Jetzt sollen die Schwimmvereine bluten

Aktuell geht es den Schwimmvereinen an den Kragen. Weil die Stadt in den letzten Jahrzehnten zwei Bäder (Deutsch-Mühlen- und Stadtbad) geschlossen und sich auf die privatwirtschaftliche Lösung des Spaßbades Calypso eingelassen hat, steht die Bäderpolitik in der Landeshauptstadt nun vor einem Scherbenhaufen. Um jährlich 60.000 EUR im städtischen Haushalt zu sparen, sollen den Schwimmvereinen und Schulen auf der Stadtratssitzung am 11.09.12 die Türen zu Trainingsmöglichkeiten zu einem großen Teil verschlos-



Saarbrücken Haupteingang
Europagalérie ab 11 Uhr

sen werden. Die Folge: Noch weniger Kinder lernen schwimmen, Schwimmen als Breitensport wird zurückgedrängt.

Es ist ein Treppenwitz, dass für diese Maßnahme der einzige Dezernent der Partei DIE LINKE in einer westdeutschen Landeshauptstadt verantwortlich ist. Von Harald Schindel geht keine einzige Initiative des Widerstands aus, die Sparpolitik des Landes wird einfach auf Kosten der Betroffenen nach unten weitergereicht. Dafür haben die Saarbrücker/innen eine linke Partei nicht gewählt. Entweder Kehrtwende oder Rücktritt und Kündigung der Koalition sind die bleibenden Möglichkeiten, um weiteren Ansehensverlust linker Politik in Saarbrücken zu vermeiden.

Andere Schweinereien sollen folgen

Aber das ist erst der Anfang: In den nächsten Jahren sollen weitere hunderttausende Euro im Bereich der freiwilligen Leistungen eingespart, Gebühren für das sich die Betroffenen gemeinsam wehren. Es ist ein wichtiges Signal, dass sich der gegen bei den Beschäftigten als auch in allen ausgesprochen hat.



Hallennutzungen erhöht werden. Höchste Zeit, und sich nicht gegeneinander ausspielen las- Personalrat der Stadt sowohl gegen Kürzungen anderen Bereichen der Daseinsvorsorge

Die DKP Saarbrücken fordert daher ein Ende der Sparorgien. Gemeinsamer Widerstand gegen die Schuldenbremse und weiteres Ausbluten der städtischen Finanzen ist angesagt.

Wir fordern:

- Rücknahme aller Sparbeschlüsse
- Entschuldung der Stadt Saarbrücken und der anderen Kommunen ohne Vorbedingungen
- Finanzierung der Entschuldung von Land und Kommunen durch eine höhere Besteuerung von Vermögenden und von Unternehmensgewinnen
- Keine weiteren Privatisierungen oder private Finanzierungen von öffentlichen Aufgaben (sog. public-private-partnership)
- Rückkauf des Calypso durch die Stadt Saarbrücken und Nutzung durch Schwimmvereine und Schulen in der bisherigen Form

Info-Box:

Ich will:

- mehr Infos über die DKP
- ein kostenloses UZ-Probeabo
- zu Veranstaltungen der DKP eingeladen werden
- Mitglied der DKP werden

Vorname:.....

Name:.....

Anschrift:.....

.....

E-Mail:.....

Ausfüllen und absenden an:

DKP Saarbrücken, Sittersweg, 83, 66113 Saarbrücken,
dkp-saarland@arcor.de, www.dkp-saarland.de
(v.i.S.d.P.: V. Jung)

Die Stadt Saarbrücken kann sich keine Schuldenbremse leisten. Wir brauchen eine Vollbremsung des Kaputtsparens unseres Landes. Politiker haben den Menschen zu dienen und nicht dem Profit!

**Der Mensch
geht
vor Profit!**

